

Besprechungen

Jakobus Wössner: Soziologie. Einführung und Grundlegung. Wien-Köln-Graz 1970. Böhlau. 300 S.

Daß zu den in deutscher Sprache vorliegenden Einführungen in die Soziologie, wie sie nach dem Kriege aus verschiedenen Richtungen beigetragen worden sind, nunmehr ein weiterer Titel, die hier angezeigte Arbeit des in Linz lehrenden Soziologen Wössner, hinzugetreten ist, könnte auf den ersten Blick die Frage nach dem „Wozu“ provozieren. Die nähere Betrachtung zeigt, daß Wössners „Soziologie“, die namentlich auf die sonst vernachlässigte didaktische Seite dieser Disziplin eingeht, auf dem Markt der vergleichbaren Publikationen durchaus eine Lücke zu füllen vermag. Dem Autor gelingt es, ein Lehrbuch zu präsentieren, das die Disziplin — ohne durch Theorie oder Theoriegeschichte überfrachtet zu sein — als begrifflich spezifisch entwickelte, aber zugleich von der Sache selbst, von der sozialen Alltagspraxis her verständliche Wissenschaft entfaltet. Während ideologische Dramatisierungen, von Wössner vermieden werden, werden vorgegebene Kenntnisse unaufdringlich erweitert, werden erfolversprechende soziologische Lernprozesse eingeleitet, werden Mittel und Wege zu ihrer Kontrolle und weiteren Entwicklung angegeben.

Die Arbeit, deren Stoff einer zweistündigen, über ein volles Studienjahr verlaufenden Vorlesung entspricht, wendet sich in diesem Sinne an Studierende an Hochschulen und Akademien, aber auch an interessierte Laien, die schrittweise in erster Annäherung, im Rahmen einer grundbegrifflich skizzierenden Sprache, an die wichtigsten Kategorien, die Forschungsbereiche und auch die Forschungsmethoden der Soziologie herangeführt werden. Das didaktisch pragmatische, gerade auch den Dozenten des Fachs ansprechende Vorgehen, das Wössners Lehrbuch bestimmt, findet besonderen Ausdruck dabei darin, daß die verschiedenen Kapitel, in denen Themen von der „sozialen Person“ bis zu „Prozessen der Differenzierung“, vom „Wissenschaftsbegriff“ bis zu „meßtechnischen Überlegungen“ und „Methoden“ behandelt werden, jeweils mit Wiederholungen und Zusammenfassungen, mit möglichen Diskussions- und Prüfungsfragen, schließlich mit konzentrierten Literaturangaben versehen sind.

Kann Wössners „Soziologie“ als „Einführung“ gutgeheißen, ja in ihrer besonderen didaktischen Ausrichtung begrüßt werden, so wird sie ihrem im Untertitel erhobenen Anspruch, zugleich auch „Grundlegung“ zu sein, nur mit Einschränkungen gerecht. Zunächst fällt auf, daß die Arbeit vorwiegend an Lehr- und Lesebüchern amerikanischer Herkunft orientiert ist; einer „Soziologie“, die im deutschen Sprachraum grundlegend wirken will, diene eher die Aufbereitung der deutschen und europäischen Literatur, die über

ihre eigenen, wissenschaftlich relevanten Problemstellungen verfügt. Dazu kommt, daß Wössner, der den funktionalistischen Ansatz zu favorisieren scheint, seinen Begriffsklärungen, die mitunter ins Formalistische gehen, letztlich dennoch keine einheitliche theoretische Konzeption zugrunde legt. Während sich etwa die Ausführungen über „Soziales Handeln und Gruppen“ — sie sind besonders in den Beispielen lesenswert — auf bestimmte sozialpsychologische Theoreme stützen, bleibt die systematische Verankerung der Kapitel über „Institutionen“ und „soziale Prozesse“, in denen das Phänomen Geschichte in den Blick kommt, unscharf und wird in der Schwebe gehalten. Die Gefahr, dem Leser — gerade dem noch fachunkundigen Leser — zwar plausible, in ihrer Geltung aber nicht genügend abgeklärte Lernmaterie vorzusetzen, die nicht immer sinnvoll verortet oder entschlüsselt werden kann, wird hier nicht ganz vermieden.

Dieses Buch bedarf, so gesehen, der Ergänzung durch parallel angebotene, theoretisch präziser fundierende, manche Themen aber auch inhaltlich noch vertiefende Literatur. Daß Zitationen und Hinweise — für eine „Einführung“ ein bedauerlicher Mangel — gelegentlich unvollständig bleiben, sei am Rande vermerkt. Das Buch leistet insgesamt jedoch einen guten, aus der praktischen Arbeit besonders im Hörsaal entstandenen Beitrag, der zur Selbstverständigung und Entlastung der Lehraufgaben einer Disziplin dienen kann, die heute gerne mit prekären außerwissenschaftlichen Erwartungen konfrontiert wird.

Wolfgang Lipp, Bielefeld

Georg C. Homans: Grundfragen soziologischer Theorie. Aufsätze. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von *Viktor Vanberg*. Opladen 1972. Westdeutscher Verlag. 175 S.

Georg C. Homans hat zu Beginn der 60er Jahre mit seinem Versuch, Einsichten der soziologischen Gruppenanalyse (*The Human Group*, 1950) zu einer Theorie der „Elementarformen sozialen Verhaltens“ („*Social Behavior. Its Elementary Forms*“, 1961) zu systematisieren, in der Sozialwissenschaft theoretische Auseinandersetzungen ausgelöst, welche die Ausgangsfragestellung einer soziologischen Verhaltenstheorie sprengten. Der bei Homans angelegte Anspruch, die verhaltenssteuernden Mechanismen sozialer Interaktion aus der mikrosoziologischen Reichweite der Gruppendynamik auf makrosoziologische Vorstellungen zu übertragen, wurde innerhalb der Sozialwissenschaft einerseits als Chance einer sinnfälligen Operationalisierung von Elementarformeln makrosoziologischer Theoriebildung begrüßt, andererseits als „gruppenpsychologischer Reduktionismus“ komplexer gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge zurückgewiesen. In dieser Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Grenzen einer Erklärung von Makro-Sozialem aus Mikro-Sozialem hat Homans selbst mehrfach Stellung bezogen: Seine Stellungnahmen aus den Jahren 1964 - 1970 liegen nun in Form einer Aufsatzsammlung zu „Grundfragen der soziologischen Theorie“ in deutscher Übersetzung vor. Diese Zusammenstellung macht deutlich, wie Homans bei seiner methodologischen Grundlegung eines Programms der Erforschung von „*Fundamental Social Processes*“ (1967) im Rahmen einer „*Behavioral Sociology*“ die Fehlschlüsse eines einseitigen „Soziologismus“ („*Bringing Man Back In*“,

(1964) durch die sozialpsychologische Orientierung an den Mechanismen sozialer Interaktion („The Relevance of Psychology in the Explanation of Social Phenomena“, 1970) zu korrigieren sucht.

Die vorliegende Edition gewinnt ein besonderes Gewicht durch ein problemgeschichtlich vertieftes und wissenschaftstheoretisch reflektiertes Nachwort des Herausgebers Viktor *Vanberg* zum Stellenwert des verhaltenstheoretischen Ansatzes in der modernen Sozialwissenschaft. *Vanberg* gelingt es in einem konzentrierten und klaren Problemaufriß, das Programm einer verhaltenstheoretisch orientierten Soziologie in den wechselnden Perspektiven der kontroversen Schulen soziologischer Theorie, des Struktur-Funktionalismus (*T. Parsons*) und des historisch-dialektischen Materialismus (*E. Hahn*) kritisch zu beleuchten und dabei das spezifische Erkenntnisinteresse des soziologischen Behaviorismus bei *Homans* zu profilieren. Durch diese Bezüge der von *Homans* entwickelten Alternativen zum sozialwissenschaftlichen Kollektivismus bzw. Holismus auf die laufende Theoriediskussion und ihre prominenten Standpunkte darf erwartet werden, daß mit dieser fundiert kommentierten *Homans*-Ausgabe die soziologische Auseinandersetzung mit dem Behaviorismus in Deutschland neue Impulse erfährt. Die hier angeregte Rezeption und Diskussion der *Homans*chen Ansätze müßte sich nicht allein auf den mikrosoziologischen Forschungsbereich des sozialen Verhaltens beschränken, sondern könnte gerade auch für das wissenschaftstheoretische Selbstverständnis einer erfahrungswissenschaftlich orientierten Sozialwissenschaft neue Perspektiven eröffnen.

Daß sich eine so eingeleitete neue *Homans*-Rezeption nicht nur auf die engere Zunft der soziologischen Theorie beschränken dürfte, wird auch durch die leichte und verständliche Sprach- und Gedankenführung der *Homans*chen Texte wesentlich begünstigt, — eine einfache Sprache, wie sie auch Sozialwissenschaftler noch sprechen können, wenn ihre Theorie im erfahrungs- und erlebnismäßig noch nachvollziehbaren Realitätsvokabular des unmittelbar menschlichen Verhaltens ihr Fundament hat. Ob allerdings eine solche konkretistisch-behavioristische Fundierung auch die soziologische Aufklärung über die komplexen und abstrakten Verhältnisse gesamtgesellschaftlicher Vergesellschaftung noch tragen kann, wird gerade im Sinne der im Nachwort aufbereiteten Positionen der *Homans*-Kritik fraglich bleiben müssen.

Eckart Pankoke, Bochum

Ramond Aron: Hauptströmungen des soziologischen Denkens. Band I: Montesquieu, Auguste Comte, Karl Marx, Alexis de Tocqueville. Band II: Emile Durkheim, Vilfredo Pareto, Max Weber. Köln 1971. Kiepenheuer & Witsch. 319 u. 270 S.

Der Autor hat sich ein hohes Ziel gesetzt: Die beiden Bände sollen nach seinem Willen noch durch einen weiteren abgeschlossen werden; dieser wird gewiß nicht nur die neuesten soziologischen Richtungen berücksichtigen, sondern gerade in einer Zusammenschau gipfeln. Dies ist ebenso zur Beurteilung heranzuziehen wie dies: Man kann es *Aron* wohl glauben, daß er seit 1930 eine gewisse wissenschaftliche Faszination für das „Kapital“ an den Tag legte (I, S. 21); unter diesem Aspekt sollte auch seine Einleitung

auf die Gesamtkonzeption hinweisen: Die vor und nach *Marx* lebenden und hier zusammen abgehandelten Soziologen werden nicht nur gegeneinander „gewogen“; Werk und Wirken sollen sozusagen unter diesen Impetus gestellt und ihre Aussagen so geprüft werden. Man vergleiche z. B. die Aussage im ersten Band auf I, S. 131 im ersten Absatz.

Unter allen diesen, gewiß nicht negativ einzuschätzenden, Aspekten scheint eine besondere Würdigung des Lebenswerkes der behandelten Gelehrten nicht erforderlich. Es können hier zu den einzelnen Porträts nur geringfügige und gewiß unvollkommene Anmerkungen gegeben werden: Eine Ehrenrettung *Montesquieus*, dieser sei keineswegs Reaktionär gewesen (I, S. 57), er habe jedoch partielle Erklärungen quasi als Bausteine benutzt (I, S. 58). *Auguste Comte* zeigte erstmals die charakteristischen Elemente der Industriegesellschaft auf (I, S. 104), deren Elemente in heutiger Zeit immer wieder neue Anstöße weiterer soziologischer Bemühungen wurden. *Marx* habe keinen schlüssigen Beweis beibringen können, zu welchem Zeitpunkt der Kapitalismus zu funktionieren aufhöre (I, S. 175), man könne (so *Aron*) auch keine Gegensätze in einer Gesellschaft daraus herleiten, daß Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben werde (I, S. 179).

Weit kritischer eingestellt ist der Autor zum Werk *Durkheims*, dem nüchtern von „außen Betrachtenden“ (II, S. 81), und *Vilfredo Paretos*, dem strengen Analytiker, Ethiker und Patrioten; beide werden ihrer Ideen wegen häufig konfrontiert. Eine besondere Wertschätzung, ja vielleicht Vorliebe bringt *Aron* der deutschen Soziologie entgegen. Das Kapitel über *Max Weber* zeigt viel hierüber. Reizvoll in unseren Tagen ist es, Gedankengänge *Webers* nachzuverfolgen wie etwa: „*Webers* politische Soziologie mündet in eine Interpretation der modernen Gesellschaft“ oder „Nach den Worten *Max Webers* gilt es daher, insbesondere die Menschenrechte zu retten...“ (II, S. 230 - 231).

Die jeweiligen Abhandlungen werden durch einen Lebenslauf chronologisch ergänzt und abgerundet. Zwei Anhänge „Die Soziologen und die Revolution von 1848“, „*Comte* und *Tocqueville* als Richter Englands“ sind lesenswert.

Aron legte sehr viel Anstrengung in diese beiden Bände; es ist zu wünschen, daß ihm ein weiterer Abschlußband vergönnt sein möge.

Karl Sammel, Wiesbaden

Walter Rüegg und *Otto Neuloh* (Hrsg.): Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts. Göttingen 1971. Vandenhoeck & Ruprecht. 238 S.

Seit Mitte der sechziger Jahre bemühen sich zwei Arbeitskreise der Thyssen-Stiftung — „Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert“ und „Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert“ —, die vielfältigen Probleme des sozialen Wandels von der Agrargesellschaft zur industriellen Gesellschaft zu erhellen. Angesichts der engen thematischen Nachbarschaft, die in manchen Punkten offenbar bis zur Identität reicht, war es nur folgerichtig, wenn beide Arbeitskreise ihre Projekte aufeinander abgestimmt und erste Ergebnisse nun gemeinsam im Eröffnungsband der „Studien zum Wandel von Gesellschaft

und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert“ publiziert haben. Band und Reihentitel (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. I) zeugen in ihrer etwas mühsam additiven Formulierung einmal mehr von der Schwierigkeit, aus verständlichen Gründen breit formulierte Forschungsschwerpunkte konzeptionell zu integrieren. Das Gemeinsame der in diesem Band enthaltenen 14 Aufsätze liegt denn auch weniger im Inhaltlichen als in der methodischen Absicht, soziologische und historische Arbeitsweisen zu kombinieren, sei es in der empirischen Überprüfung theoretisch-soziologischer Modelle, sei es in der soziologischen Fundierung und Durchdringung historischer Analyse. Der erste Teil gibt mit den Beiträgen von *Jonas, Fürstenberg, Krämer* und *Neuloh* das theoretische und begriffliche Instrumentarium zur Analyse des wirtschaftlichen Wachstums und der mit dem technisch-ökonomischen Prozeß verbundenen gesellschaftlichen Neuerungs- und Wandlungerscheinungen. Die restlichen beiden Aufsätze dieses Teils vermitteln den Übergang zur spezielleren Thematik der Arbeitskreise: *Rüeggs* „Bildungssoziologische Ansätze für die Erforschung des Bildungswesens im 19. Jahrhundert“ skizzieren einen Interpretationsrahmen und führen zu konkreten Fragestellungen für das von ihm geleitete Projekt. *Klages* berichtet im wohl anregendsten Beitrag des Bandes über die Schwierigkeiten des Berliner „model shops“, die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands seit Beginn der Industriellen Revolution durch ein Datennetz beschreibend zu erfassen, Zusammenhänge zwischen den Datenreihen durch Computeranalyse zu ermitteln, um so zu systematischen, nachprüfbaren Aussagen über die Struktur der Gesellschaft und die Bedingungen ihres Wandels zu gelangen.

Der zweite, analytische Teil enthält Untersuchungen von *Ronneberger* über die Rolle der Verwaltung im Modernisierungsprozeß, von *Noll* über die Reaktion des Handwerks auf die Industrialisierung, von *Detlef Müller* über die Beziehungen zwischen Schulsystem und Sozialstruktur. *Wurzbacher* begründet in einem theoretisch wie regional breit angelegten Überblick die innovatorische und emanzipatorische Funktion der „freien Vereinigungen“, die dann von *v. Schrötter* (Agrarorganisation in Schleswig-Holstein), vor allem aber in drei verbandshistorischen Beiträgen von *Puhle, Winkler* und *Kaelble* — übrigens nicht im Rahmen des Thyssen-Programms entstanden — erheblich relativiert und eingeschränkt wird. Wenn *Kaelble* im Resumé seiner historischen Analyse ein Instrument der gesellschaftlichen Disziplinierung erkennt, wo *Wurzbacher* ebenso einleuchtend im Rahmen seines theoretischen Modells ein Vehikel der Demokratisierung vermutet hatte, dann belegt diese Differenz nicht nur die Methodenabhängigkeit sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse, sondern auch die von den Herausgebern betonte Notwendigkeit einer methodenbewußten interdisziplinären Zusammenarbeit. Den Zwischenbericht an diesem Anspruch zu messen, wäre unfair. Die eigentliche Kritik muß den Endergebnissen vorbehalten bleiben. Vorerst kommen wir in den Genuß einer gelungenen Vorspeise. Der Appetit ist geweckt. Mögen die Hauptgänge nicht allzulange auf sich warten lassen.

Heinrich Volkmann, Berlin

Irmintraut Richarz: Herrschaftliche Haushalte in vorindustrieller Zeit im Weserraum. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 236 S.

Die Autorin möchte ihre vorwiegend empirisch gehaltene Schrift nicht nur als historische Untersuchung gewertet sehen; daher hat sie sie bewußt nicht in einer historischen Reihe, sondern in der Folge der „Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch“ veröffentlicht. Über die Analyse des historischen Materials versucht sie einen Vorstoß auf grundsätzliche Fragen des Haushalts. Da die Erforschung langfristiger Wachstumsprozesse den Haushaltsbereich kaum berücksichtigt hat, soll ihre Schrift dazu beitragen, diese Lücke zu füllen. Ihre Untersuchung umfaßt einen Zeitraum vom späten Mittelalter bis in die Neuzeit. Der Untersuchungsbereich ist ein Teil des Wesergebietes. Zugrunde gelegt werden herrschaftliche Haushalte. Ihre ursprüngliche Absicht, Material für bäuerliche Haushalte heranzuziehen, mußte sie nach umfangreichen und langwierigen Ermittlungen im norddeutschen Raum aufgeben.

Der Stoff wird in vier Kapitel aufgegliedert: die Haushalte, die Einkommen der Haushalte, Aufwendungen und Ausgaben für den Verbrauch und Fakten und Interpretationen über Haushalte in der Literatur. In der Einleitung wird die Aufgabe der Untersuchung aufgewiesen, über Quellen berichtet und das Untersuchungsgebiet umrissen. Am Schluß wird auf sechs Seiten eine Zusammenfassung gegeben. Es folgen ein ausführlicher Tabellenanhang, ein Quellenverzeichnis und ein Literaturverzeichnis. Die im Inhaltsverzeichnis ab Seite 200 angegebenen Seiten stimmen nicht mit den Buchseiten überein.

Das Material wurde vorwiegend aus Gutsarchiven gesammelt, die vor allem in den Staatsarchiven Bückeburg und Hannover deponiert sind; es stammt hauptsächlich aus der Zeit vom Anfang des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Eine Schwierigkeit ergab sich aus der unterschiedlichen Dichte und Qualität der Informationen in dem ausgewerteten Material über grundherrschaftliche Haushalte.

Die Verfasserin bringt sehr viele Einzelheiten, die zeitlich und räumlich begrenzt sind, z. B. bei der Aufzählung der Einnahmen und Ausgaben, Preise und Löhne. Der Wirtschaftshistoriker benötigt immer wieder eine Akribie, denn aus der Zusammenstellung vieler Mosaiksteinchen kann sich das Gesamtbild ergeben. Als ihr Hauptergebnis sieht die Autorin den Beweis an, daß die landwirtschaftlichen Haushalte in der vorindustriellen Zeit — die Spanne von der Entfaltung der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft im hohen Mittelalter bis zur Industrialisierung (S. 11) — bereits mit dem Markt im arbeitsteiligen Verhältnis standen, also mit der Gesamtwirtschaft verbunden waren. Von einem autarken oder auch nahezu autarken Haushalt kann also nicht die Rede sein. Den Beziehungen zwischen Markt und Einkommen herrschaftlicher Haushalte in Grundherrschaften konnte bis in Einzelheiten nachgegangen werden. Richarz weist darauf hin, daß die Wandlungen der Einkommen der Haushalte nicht nur durch quantitative Änderungen der Bevölkerung, sondern auch durch Machtverschiebungen ausgelöst wurden. „Die während des Untersuchungszeitraumes zu verfolgenden Machtverschiebungen zwischen Landesherrn und Ständen führten auch zu Änderungen des Anteils der Parteien am Sozialprodukt (S. 111). Die Gegenüberstellung des Verbrauchs

vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg ließ ferner erkennen, daß der Umfang der Verbindung mit dem Markt weniger eine Frage des Wirtschaftssystems als der den Haushalten zur Verfügung stehenden Einkommen war. Ausführlich polemisiert die Verfasserin insbesondere gegen *Sombart*, der die Ansicht von der weitgehenden Autarkie der Gutsherrschaften in starkem Maß beeinflußt habe, eine Auffassung, die ihrer Meinung nach den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung nicht Stand halten kann. S. 202 schreibt sie, daß *Sombarts* Verallgemeinerung von Verhältnissen auf ost-deutschen Gutswirtschaften für Gebiete mit anderen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen nicht haltbar sei. Neigt die Verfasserin aber nicht auch etwas zur Verallgemeinerung ihres Ergebnisses? Erfreulich in der Darstellung ist, daß in den einzelnen Teilabschnitten jeweils am Ende die Ausführungen zu Resultaten zusammengefaßt und mit den eingangs aufgestellten Hypothesen verglichen werden, was den nichtfachkundigen Leser der Mühe der intensiven Auseinandersetzung mit der Faktenfülle enthebt und dazu beiträgt, ihn nicht den roten Faden der Arbeit verlieren zu lassen.

Außer im Tabellenanhang finden sich auch in der Darstellung eine Anzahl von Tabellen, die der Leser zum Teil mit Interesse zur Kenntnis nimmt; freilich vermißt er bei einigen die Angabe von Prozentsätzen. Auf 205 Seiten Text bringt Richarz 594 Anmerkungen, was die Lektüre nicht gerade erleichtert.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß man das Hauptwerk von *Sombart* nicht kurzweg zitieren kann „Der moderne Kapitalismus“ 7. Aufl. 1928. Außerdem heißt es nicht Handbuch, sondern Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Bruno Schultz, Berlin

Arthur Suhle: Deutsche Münz- und Geldgeschichte von den Anfängen bis zum 15. Jahrhundert. München 1964. Battenberg-Bassermann Verlag. 258 S.

Diese westdeutsche Ausgabe der dritten in Berlin (Ost) erschienenen Auflage geht auf die „Deutschen Münzen des Mittelalters“ in den Handbüchern der Staatlichen Museen zurück. Sie umfaßt den Zeitraum von den ersten Münzprägungen der Germanen während der Völkerwanderung bis zu den Groschen- und Goldmünzen-Prägungen im 14. und 15. Jahrhundert. Dieses reich mit 279 Abbildungen und sechs Karten ausgestattete Standardwerk des langjährigen Direktors des Münzkabinetts in Berlin (Ost) ist zwar in erster Linie für den Numismatiker gedacht, es stellt aber zugleich eine wichtige Quelle für die Wirtschaftshistoriker dar, zumal schriftliche Quellen dieser Zeit nur dünn gesät sind. Die einschlägige Literatur taucht in 218 Anmerkungen auf. Außer einem Verzeichnis der auf den beigegeführten Karten genannten Münzstätten (mit Literaturangaben) ist das empfehlenswerte Werk mit einem Register hauptsächlich der Münzherren und Münzstätten ausgestattet.

Alfred Kruse †, Berlin

Lutz Köllner: Chronik der deutschen Währungspolitik 1871 - 1971. Frankfurt/M. 1972. Fritz Knapp. 175 S.

Die Arbeit wurde konzipiert als chronologische Zusammenstellung der wichtigsten währungspolitischen Ereignisse in Deutschland seit der Reichs-

gründung 1871 — eine Art währungsgeschichtlicher „Ploetz“ also, den es in der Tat bisher nicht gab und der oft vermißt wurde. Nach einer von Erich Achterberg verfaßten Einleitung zur Vorgeschichte der deutschen Reichswährung folgen die Daten zur Währungspolitik, zur Währungsgeschichte und Eckdaten der allgemeinen Geschichte in den vier Abschnitten 1871 - 1907 (dem formellen Ende der Silberwährung), 1907 - 1923/24 (dem Ende der Markwährung), 1924 - 1945 und 1945 bis 1971. Den einzelnen Abschnitten, in denen auch wichtige Geschehnisse der Währungspolitik im Ausland festgehalten werden, geht jeweils eine kurze, übersichtliche Einführung voraus.

Die zeitliche Einordnung bestimmter währungspolitischer Fakten bleibt trotz der sorgfältigen Registrierarbeit Köllners wegen des Fehlens eines Sachregisters immer noch eine mühselige Angelegenheit. Die chronologische Lektüre des Buches andererseits erfordert gelegentlich erhebliche historische und theoretische Vorkenntnisse. Was hatte es beispielsweise mit den Reichskassenscheinen auf sich (30. 4. 1874)? Was hat sich der Bankpraktiker unter den „Nachwirkungen der Currency-Banking-Theorie bei der Notenausgabe“ (17./18. 5. 1875) vorzustellen? Was ist am 14. 7. 1890 in den USA geschehen, unter welchem Datum der Verfasser registriert: „Sherman-bill in den USA (Windom-bill: Silberankauf durch das Schatzamt“)?

Für Neuauflagen, die dem Buch zu wünschen und vorauszusagen sind, sei angeregt, dem Benutzer mit einem Personen- und Sachregister sowie mit etwas eingehenderen Kommentaren entgegenzukommen. Platz dafür kann ohne Substanzverlust durch Streichen von einigen der Belanglosigkeiten geschaffen werden, mit denen das Buch etwas reichlich gewürzt ist (z. B. 6. 11. 08: Horace Greely Hjalmar Schacht Direktor der Dresdner Bank. Oder: 9./10. 7. 31: H. Luther in London und Paris. Oder: 22. 3. 50: Neue 5,— DM-Note von der BdL herausgegeben usw.). Auch eine stilistische Inspektion dürfte fündig werden.

Hans H. Lechner, Berlin

David Ricardo: Grundsätze der politischen Ökonomie und Besteuerung. Der hohe Preis der Edelmetalle, ein Beweis für die Entwertung der Banknote. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von *Fritz Neumark*. Frankfurt/M. 1972. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag. 350 S.

Die letzte deutsche Ausgabe von Ricardos „Principles of Political Economy and Taxation“ und seiner nicht weniger berühmten Streitschrift in der Bullionkontroverse erschien vor fünfzig Jahren in der Übersetzung von Heinrich *Waentig*. Neumark hat der lange fälligen Neuauflage *Waentigs* Übersetzung zugrunde gelegt, diese jedoch verbessert und veraltete Ausdrücke durch modernere ersetzt.

An der Einführung *Neumarks* sei nicht gebeckmessert: Sie ist übersichtlich, anregend und damit geglückt. Weniger einsichtig ist, daß der Herausgeber einige Kapitel der *Principles* (über die Bergwerksrente, den Zehnten, Steuern auf Gold), die ihm für das Werk und das Interesse der Gegenwart unerheblich erschienen, weggelassen und auch einige Anmerkungen gestrichen hat, die der Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Autoren dienen — als ob der Gewinn aus dem Studium von Ricardos Schriften in Ratschlägen

für unbewältigte Probleme der Gegenwart bestünde. Ein überflüssiger Schönheitsfehler, den manche Leser als lästige Bevormundung empfinden werden.

Der Verlag ließ es sich nicht nehmen, die verdienstvolle Neuausgabe von Ricardos Hauptwerk mit einem Klappentext zu verunzieren, in dem dogmenhistorisches Halbwissen mit neomarxistischer Vulgarsoziologie prästabiliert harmonisieren.

Hans H. Lechner, Berlin

J. E. Meade: The Theory of Indicative Planning. Manchester 1970. Manchester University Press. VIII, 78 S.

Dieses Bändchen basiert auf einer Vortragsreihe von James E. Meade, in der er einige theoretische und praktische Gedanken über den Planungsprozeß in einer privatkapitalistischen Marktwirtschaft zur Diskussion stellte. Diese Gedanken sollen im geplanten Band III („The Controlled Economy“) seiner *Principles of Political Economy* in größerem Detail behandelt werden.

Meade unternimmt in seinem Essay — besonders im ersten Teil — den heroischen Versuch, die Essenz schwieriger theoretischer Gedankengänge (*Arrow-Debreu* und andere) in einfachster Form wiederzugeben und von diesen abstrakt-vereinfachten Gebilden eine Brücke zu den praktischen Problemen einer vorausschauenden Planung zu finden. Meade bietet in der Tat eine großartige Leistung der seriösen Vereinfachung und Verknappung. Die Schwierigkeit und Komplexität der Zusammenhänge bringen es allerdings mit sich, daß das Experiment nicht ganz glücken kann. In ihrer geschraubten Künstlichkeit sind die Vereinfachungen gelegentlich schwerer aufzunehmen und weniger aufschlußreich, als es etwas kompliziertere Modelle wären, und die Verbindung zur Frage der praktischen Möglichkeiten ist nicht immer geglückt. Die meisten dieser Schwächen dürften durch die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit (drei Vorträge) diktiert worden sein und werden sicher bei weiterer Ausarbeitung des Stoffes verschwinden.

Der Leser darf somit von diesem Buch keine gründliche Einführung in die theoretischen und praktischen Probleme der Indikativplanung erwarten. Wohl aber wird er mit einigen grundlegenden Fragen in all ihren Verzweigungen auf sehr interessante Art in Berührung gebracht. Zunächst lernt er zwischen Unsicherheiten des Marktes und Unsicherheiten des Milieus (market and environmental uncertainties) unterscheiden. Die ersteren entstehen durch mangelnde Kenntnis der Pläne der anderen Marktteilnehmer, die im Prinzip schon heute festgelegt werden können. Diese Unsicherheit könnte durch ein umfassendes System von Terminmärkten beseitigt werden, die nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft für ein Gleichgewicht bei transparenten Preis- und Absatzbedingungen sorgen würden. An die Stelle eines solchen Terminmarktsystems kann eine intensive Indikativplanung treten, bei der die Planungsbehörde durch wiederholte Befragung und Information der Marktteilnehmer einen von Marktüberraschungen freien Produktionsablauf ermöglicht.

Ganz anderer Natur sind die Milieu-Unsicherheiten. Hier handelt es sich nicht um mangelnde Information, sondern um echte Ungewißheit bezüglich der Zukunft. In der Behandlung dieses Punktes liegt der theoretische Schwer-

punkt des Essays. Es wird gezeigt, wie analog zum früheren Fall die verschiedenen Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der künftigen Entwicklung durch ein kompliziertes Netz von Termingeschäften bzw. Indikativplänen zueinander in Beziehung gebracht werden können. Durch Eventualkontrakte, Versicherungen und „Wetten“ müssen sich Preise, Ausfallprämien, Ersatzzahlungen, Absatzmengen auf den alternativen Entwicklungspfaden so einpendeln, daß schon gegenwärtig eine „Gleichgewichtslösung“ für die gesamte Periode fixiert werden kann.

Daß eine solche Lösung selbst unter einfachsten Annahmen enorme Anforderungen stellen würde, leuchtet ein. In der Praxis vervielfachen sich die auftretenden Probleme. Mit einigen von ihnen beschäftigt sich Meade in den späteren Kapiteln des Buches. So bespricht er unter anderem die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, daß man die Wünsche künftiger Generationen berücksichtigen muß, daß die Zahl der alternativen Möglichkeiten praktisch unendlich ist („so daß man nur einige „Pfade“ und nur die Absichten gewisser Personengruppen berücksichtigen kann) und daß die Existenz großer Monopole und Oligopole dazu führt, daß Informationen bewußt verfälscht werden oder daß die Indikativplanung zu weiterer Monopolisierung führt. (Die Möglichkeit der Vergesellschaftung der großen Oligopole wird von Meade nicht zur Diskussion gestellt.) Schließlich stellt Meade in einem abschließenden Kapitel dem Indikativplan, der der Koordination des privaten Sektors dient, den Kontrollplan der Regierung gegenüber, mit dem sie ihre eigenen Ziele (Vollbeschäftigung, Einkommensverteilung, Infrastruktur etc.) langfristig zu optimieren trachtet. Abgesehen von den bekannten Problemen der Zielkonflikte treten hier dadurch weitere auf, daß einerseits der Kontrollplan eine wichtige Information bei den Erhebungen zur Erstellung des Indikativplans bilden sollte, andererseits eine langfristige öffentliche Festlegung der staatlichen Aktivitäten die notwendige Flexibilität unterbinden könnte.

Meade ist überzeugt, daß angesichts der wachsenden Umweltprobleme, der Langlebigkeit vieler Güter bei gleichzeitigem raschem technischen Wandel, der Unteilbarkeiten, der mangelnden Stabilität des Wirtschaftsablaufs und nicht zuletzt der Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen die Planung an Bedeutung gewinnt. Im vorliegenden Buch bietet er aber keine Lösungen an; er zeigt nur die Vielfalt der Probleme, mit denen man rechnen muß. „I have come to that elderly stage of life of which I can only see the difficulties of every course of action. I leave the choice to my youngers and betters“ (S. 77). Wenn man zu dieser Wahl schreitet, wird man allerdings über die knappen theoretischen Überlegungen Meades hinausgehen und auf der Basis bereits gemachter ökonomischer und soziologischer Erfahrungen in einem langwierigen Experimentierprozeß praktikable Lösungen suchen müssen.

Kurt Rothschild, Linz

Karl Georg Zinn: Allgemeine Wirtschaftspolitik als Grundlage einer kritischen Ökonomie. Stuttgart 1970. W. Kohlhammer. 224 S.

Unter den in jüngerer Zeit erschienenen oder neu aufgelegten Büchern zur Allgemeinen Wirtschaftspolitik nimmt das von Karl Georg Zinn eine gewisse

Sonderstellung ein, die vor allem durch die Absicht des Verfassers begründet wird, „eine spezifisch *kritische* Betrachtungsweise in der Allgemeinen Wirtschaftspolitik“ (S. 13) zur Geltung zu bringen. Mit dieser Ausrichtung sieht der Verfasser die Chance der Theorie der Wirtschaftspolitik, an ihre Tradition als Politische Ökonomie anzuknüpfen. An dieser Aufgabenstellung, die der Rezensent auch selbst gewählt haben würde, wird sich auch eine Besprechung dieses Buches orientieren müssen.

Gleichwohl dürfte es zulässig sein, das vorliegende Buch auch an den bisherigen verbreiteten Anforderungen an eine „Allgemeine Wirtschaftspolitik“ zu messen, da die Auswahl der behandelten Gegenstände, der Aufbau der Darstellung und ein großer Teil der Ausführungen die „kritische Funktion“ nicht als Grundlage einer wirklich alternativen Konzeption mit unterschiedlichen Selektionsentscheidungen und entsprechenden Darstellungsprinzipien, sondern nur als zusätzlichen Aspekt dieses Buches erscheinen lassen. In bezug auf diese Anforderungen entspricht Zinns „Allgemeine Wirtschaftspolitik“ dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion insofern, als sie Theorie der Wirtschaftspolitik nicht nur als „bloße Anwendung der (wirtschaftswissenschaftlichen — der Rezensent) Theorie“ (S. 8) versteht, die „Totalbetrachtung“ (S. 12) wählt, „zur Erklärung wirtschaftspolitischer Entscheidungen auch soziologische und politologische Kenntnisse mit verwertet“ (S. 13) und schließlich auch die „Diskussion wirtschaftspolitischer Ziele“ (S. 11) mit zu den Aufgaben einer Allgemeinen Wirtschaftspolitik rechnet. Dieser Aufgabenbestimmung können die Ausführungen über „Das wirtschaftliche Optimum“ (S. 117 - 147), über „Träger der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozeß“ (S. 148 - 169) und über „Die wirtschaftspolitische Maßnahme“ zugeordnet werden. Auch die Abschnitte über „Die Werturteilsfrage“ (S. 14 - 49) und über die „Begründung wirtschaftspolitischer Ziele aus der Gesellschaftspolitik“ (S. 50 - 116) brauchen nicht der „kritischen Betrachtungsweise“ zugerechnet zu werden. Die Ausführungen zur Werturteilsfrage bringen neben einer unzureichenden Wiedergabe der Versuche zur Begründung der Werturteilsfreiheit und der Ansätze zur Kritik dieser Versuche unter der Überschrift „Begründung von Werturteilen“ (S. 23 ff.) nur eine Beschreibung von verschiedenen Wertungssystemen. In dem Abschnitt über die Ziele der Wirtschaftspolitik findet sich — von gelegentlichen Bewertungen des Verfassers und scheinbar zufällig gewählten „Begründungen“ abgesehen — eigentlich nur eine detaillierte und umfassende Übersicht über in der praktischen Wirtschaftspolitik und in der wissenschaftlichen Literatur feststellbare Kataloge von Zielformulierungen.

Bei der Lektüre dieses Buches drängt sich der Eindruck auf, daß die Ausführungen Zinns in formaler und materieller Hinsicht noch wenig ausgereift sind. So werden beispielsweise aus dem Zusammenhang entnommene Schemata anderer Autoren ohne nähere Interpretation wiedergegeben (z. B. S. 52 f., 73, 174); manche zwar originell erscheinende Aussagen halten logischer Prüfung nicht stand (z. B. mehrdeutige Beispiele S. 16, 19, 140 f.; der Vorschlag des Wohlstandsmaßes „Lebenszeit“ S. 113 — obwohl Lebenszeit an sich, also unabhängig von den Individuen mit je unterschiedlicher Lebensgeschichte nicht zu bestimmen ist); gebräuchliche Leerformeln (Wohlstand,

Allgemeinwohl, Interesse der Allgemeinheit etc.) werden — mit Ausnahme der Ausweitung des Wohlstandbegriffes auch auf nichtwirtschaftliche Kategorien — unkritisch (im Vertrauen auf ihren unendlichen Spielraum?) gebraucht; hypothetische wissenschaftliche Konzepte werden frei im eigenen kritischen Verständnis interpretiert (z. B. „Soziale Kosten“, S. 141; *Downs*, S. 165). Den Mangel an Gründlichkeit macht auch besonders deutlich, was Zinn ungeachtet der in der Fachliteratur tatsächlich behandelten Fragestellungen über die Disziplin Sozialpolitik aussagt. Nachdem der Leser in einem unzutreffend begründeten Bezug auf Max Weber ohne weitere Erörterung von den Zweifeln einiger Autoren an der Wissenschaftlichkeit dieser Disziplin erfahren hat, wird festgestellt: „Eine prinzipielle Trennung der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik ist weder sinnvoll noch theoretisch haltbar. Die Sozialpolitik muß als Instrument im Rahmen der permanenten Integration aller Gesellschaftsmitglieder verstanden werden“ (S. 77).

Auch in bezug auf die grundlegende Gestaltung des Versuches, eine kritische Ökonomie zu begründen, hätte Zinn eine gründliche Reflexion über die vermeintlichen Gegenkonzepte vor der tatsächlich gewählten Sackgasse bewahren können. Die methodologische Analyse des Werturteilsproblems durch Vertreter des Kritischen Rationalismus hätte die „normative“ Ordnung der „Plausibilität“ von Werturteilen (S. 15 f.) das Problem des logischen Spielraumes und des jeweiligen Sachgehaltes von Werturteilen deutlich machen können und vor allem die Ausgangsposition der Konzeption Zinns, daß das „Wertfreiheitspostulat“ dem Wissenschaftler verwehre, „die politisch gegebenen Ziele zu erörtern“ (S. 11), als Irrtum ausgewiesen. Da in Zinns „kritischem“ Wissenschaftsverständnis schließlich „alle Versuche, Werturteile wissenschaftlich zu begründen, (relative) Gültigkeit“ (S. 23) besitzen, bleibt offen, worin die Leistung einer so verstandenen Wissenschaft besteht, wenn sie nicht in der Lage ist, eine Selektion zu vollbringen, die unter allen möglichen Werturteilen die normativ gültigen ausweist. Karl Georg Zinn hätte der Verbreitung einer kritischen Betrachtungsweise in der Theorie der Wirtschaftspolitik gerade auch unter Studierenden mehr nutzen können, wenn er von einer konkreten Darstellung des verbreiteten „Lehrgutes“ ausgehend alle kritischen Implikationen einer methodologischen Analyse und des verfügbaren empirischen Wissens ausgeschöpft und dann auf der Basis klar ausgewiesener, operationaler und „kritischer“ Zielsetzungen alternative Aussagesysteme entwickelt hätte.

Gerhard Kleinhenz, Köln

Theodor Pütz: Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitik. Band I: Grundlagen und Hauptgebiete. Stuttgart 1971. Gustav Fischer. 223 S.

Die klar als Lehrbuch konzipierte Darstellung der Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik muß im Rahmen des dreibändigen vom Verfasser herausgegebenen Lehrwerkes zur Wirtschaftspolitik gesehen werden, in dem sich außerdem die Autoren Ernst *Dürr*, Bernhard *Külp*, Gertrud *Neuhauser* und Josua *Werner* um eine formal und inhaltlich abgestimmte Gesamtdarstellung des infolge der fortschreitenden Spezialisierung kaum mehr von einem einzelnen zu bearbeitenden Stoffes bemühen. Als „Grundlagen“

für das Verständnis der weiteren Bände behandelt Pütz Methodenfragen der theoretischen Wirtschaftspolitik, Probleme der Ordnung der Wirtschaft, die Ziele, die Mittel und die Entscheidungsprozesse der Wirtschaftspolitik. Mögen die Ausführungen zu den erkenntnistheoretischen Grundlagen in diesem Rahmen auch relativ wenig Raum einnehmen, so erscheinen sie dem Rezensenten doch befriedigender als vergleichbare Ausführungen in den Lehrbüchern zur Allgemeinen Wirtschaftspolitik. Pütz verzichtet auf die unfruchtbare Auseinandersetzung mit noch verbreiteten, aber von der methodologischen Analyse überholten Vorstellungen und gestaltet seine Darstellung auf der Basis einer ausgewiesenen positiven Einstellung zur Werturteilsfreiheit wissenschaftlicher Aussagen und anhand eines dem gegenwärtigen Stand der Methodendiskussion entsprechenden Wissenschaftsprogramms für die Theorie der Wirtschaftspolitik. Die methodologische Konzeption konkretisiert sich dann u. a. in der Auffassung, daß sich das Erkenntnisobjekt der theoretischen Wirtschaftspolitik nicht irgendwie aus dem „Wesen“ der Wirtschaft, sondern aus den Entscheidungen über die Abgrenzung des Erfahrungsobjektes und über die Fragestellungen an dieses ergibt, daß die ökonomistischen Versuche, Wirtschaftspolitik werturteilsfrei auf ausschließlich wirtschaftliche Kriterien zu begründen (z. B. in den New Welfare Economics), als gescheitert angesehen werden müssen und daß die wissenschaftliche Untersuchung wirtschaftspolitischer Probleme auch Kenntnisse auf den Gebieten der Soziologie und der Politischen Wissenschaften erfordert. Die knappe methodologische Grundlegung wird durch ein entsprechendes Vorgehen bei der Ausführung der einzelnen Abschnitte ergänzt. Das Erfahrungsobjekt wird als Teilbereich der Politik nach dem Kriterium der Möglichkeit des Handelns mit Hoheitsgewalt operationaler abgegrenzt als in verbreiteten, auch den Einfluß von Gruppen und Einzelpersonen erfassenden Definitionen. Bei der Analyse der Ziele der Wirtschaftspolitik weist Pütz auf den Leerformelcharakter von auch in der Wissenschaft oft unbedenklich verwendeten Zielformulierungen wie „Gemeinwohl“, „Gerechtigkeit“, „Leistung“ etc. hin und führt auch das Ziel der optimalen Konsumstruktur ein (S. 48 f.), das nicht nur in dem angesprochenen Verhältnis von privatem und öffentlichem Konsum, sondern allgemein wegen der immer offensichtlicher werdenden externen Effekte privaten Konsums zunehmende Beachtung finden wird. In einer von Ideologie freien Behandlung der Ordnungsprinzipien weist er u. a. als Ergebnis praktischer Erfahrung und theoretischer Überlegung aus, „daß der Geltungsbereich spezieller Ordnungsprinzipien . . . nicht unbedeutend eingeschränkt werden kann“ (S. 31), ohne die Funktionsfähigkeit der Ordnung zu gefährden.

Die gekennzeichnete Konzeption einer theoretischen Wirtschaftspolitik wird von Pütz allerdings nicht in allem voll ausgeschöpft. Die Beschränkung der Aufgabenstellung auf „Ziel-Mittel-Fragen“ wäre ebenso wie die schnelle Einengung der Darstellung auf die verbreiteten, quantifizierten wirtschaftspolitischen Ziele und die entsprechende Betonung der quantitativen Mittelanalyse gerade angesichts der Gegenstände der folgenden Bände im Rahmen dieser Grundlagen nicht erforderlich gewesen. Bei den ausgeschlossenen Aspekten und durch ein größeres Gewicht der Darstellung der Ansätze für eine empirische Theorie der Wirtschaftspolitik, wie sie Pütz für eine „neue“ Wohl-

fahrtsökonomik mit der Frage nach dem Zustandekommen konkreter Zielbündel im Prozeß der wirtschaftspolitischen Willensbildung andeutet, hätte erst die Zweckmäßigkeit der Einbeziehung soziologischen und politologischen Wissens hinreichend begründet werden können.

Die „Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik“ von Pütz stellen eine echte Bereicherung der Studienliteratur dar. Sie können — trotz einer dem eigenen Vorsatz kaum gerecht werdenden Auswahl der Literaturhinweise — auch dem Anhänger anderer Lehrmeinungen zur Allgemeinen Wirtschaftspolitik eine wertvolle Grundlage für eigenes Weiterdenken sein.

Gerhard Kleinhenz, Köln

Theo Thiemeyer: Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip. Grundlegung einer Theorie gemeinnütziger Unternehmen. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 348 S.

In seiner umfangreichen Arbeit geht es dem Verfasser um die Einzelwirtschaften, „die tatsächlich oder vorgeblich gemeinwirtschaftlich disponieren, die — was immer man darunter verstehen mag — dem Gemeinwohl, dem öffentlichen Interesse, dem Gesellschaftsinteresse, dem Interesse der Allgemeinheit dienen, deren Betriebsgebaren also unmittelbar von der Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl geprägt ist“. Mit diesem Ansatz will er sich bewußt von *Schmalenbachs* Überlegungen zur Gemeinwirtschaftlichkeit distanzieren. Wenn der Verfasser auch feststellt, daß es ihm vor allem um die Herausarbeitung des einzelwirtschaftlichen Aspektes der Gemeinwirtschaftlichkeit geht (S. 50), so ist ihm andererseits die weitreichende wirtschaftspolitische Bedeutung seiner Abhandlung wohl bewußt, und große Teile seiner Arbeit widmet er auch wirtschaftspolitischen Fragen.

Den zentralen Begriff seiner Arbeit versucht der Verfasser zunächst mit Hilfe einer dogmenhistorischen und dogmenkritischen Analyse abzuleiten. In diesem ersten Teil seiner Arbeit versucht er nachzuweisen, daß viele Interpretationen von Gemeinwirtschaftlichkeit „letztlich nicht mehr zu bieten vermochten als inhaltslose Formeln“ (S. 300). Zur Überwindung der ihm unbefriedigend erscheinenden idealistischen und rationalistischen Gemeinnützigkeit-Konzeptionen schlägt er vor, vom „Sinn“ sozialer Gebilde — hier also vom „Sinn“ gemeinwirtschaftlicher (gemeinnütziger) Unternehmungen — auszugehen. Denn nur wenn der „Sinn“ der Gemeinwirtschaft bestimmt sei, wenn also bekannt wäre, was als gemeinwirtschaftliches Ziel gelten soll, könnten schlüssige Systeme von Zweck-Mittel-Aussagen gewonnen werden (S. 45). Damit bezieht sich der Verfasser ausdrücklich auf den unternehmungsmorphologischen Ansatz von Gerhard *Weisser*, den er hier fruchtbar zu machen sucht.

Dieser methodischen Klärung folgt eine breit angelegte Auseinandersetzung über den „Sinn“ und die theoretische und modellanalytische Behandlung des „Sinns“ von einzelwirtschaftlichen Gebilden. Ausgehend von der Gewinnmaximierungshypothese, die der Verfasser eingeengt nur als heuristische Zielfunktion sieht (S. 49), versucht er, dieser Hypothese methodisch fruchtbare Anregungen für sein Unterfangen, Gemeinwirtschaftlichkeit einer wirtschaftswissenschaftlichen Theorie zugänglich zu machen, abzugewinnen (S. 49). Er kommt dabei zu dem Ergebnis, „daß bisher alle Versuche, die gemeinwirt-

schaftliche Wirtschaftlichkeit näher zu fixieren, gescheitert seien“ (S. 56). Aus diesem Grund bestimmt er die Gemeinwirtschaftlichkeit bewußt rein formal. Gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, und hier stützt er sich auf Gerhard Weisser, definiert er als solche Unternehmungen, die dazu bestimmt sind, unmittelbar öffentlichen Aufgaben zu dienen (S. 75). Leider ist der Verfasser nicht auf die heute in der finanzwissenschaftlichen Literatur sehr lebhaft geführte Diskussion um den Begriff der öffentlichen Güter eingegangen, die hier m. E. einen wertvollen Ansatz für in diesem Punkt weiterführende Überlegungen geboten hätten und die auch auf die in einem späteren Kapitel aufgegriffene Problematik der Erfolgsrechnung, welche dort durch Einbeziehung der social costs und social benefits erweitert wurde, ein neues Licht geworfen hätte.

Auch die inhaltliche Bestimmung des Begriffs „öffentliche Interessen“ erweist sich für den Verfasser als außerordentlich schwierig. Deshalb wählt er auch hier als Ausgangspunkt lediglich eine formale Bestimmung des öffentlichen Interesses. Als das öffentliche Interesse erscheint danach das „was die politisch maßgeblichen Gruppen als das öffentliche Interesse deklarieren“ (S. 146). Das öffentliche Interesse ist demnach bestimmt vom politischen Handeln, und dieses sei letztlich weitgehend paternalistisch geprägt (S. 145).

Da der gesuchte „Sinn“ gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen nicht „rein wissenschaftlich, rein rational“ (was der Verfasser auch immer darunter verstehen mag) bestimmt werden soll (S. 301), versucht er eine Konkretisierung des institutionell festgelegten und subjektiv gemeinten Sinns mit Hilfe eines Zielkatalogs. Dieser Zielkatalog weist öffentliche Unternehmen als Instrumente der Sozial-, Wirtschafts-, Fiskal- und Verfassungspolitik aus. Leider stellt er nur eine Auswahl theoretisch möglicher oder behaupteter Ziele zusammen. Die vielen einschränkenden Argumente, die der Verfasser in diesem Teil seiner Arbeit vorträgt, lassen bereits erkennen, wie instruktiv eine Gegenüberstellung von behaupteten oder theoretisch den öffentlichen Unternehmungen zugerechneten Zielsetzungen und deren tatsächlichem, also empirisch beobachtbarem Verhalten hätte werden können. Auch das abschließende Kapitel, das die vielfältige Problematik der Erfolgswürdigung gemeinwirtschaftliche Unternehmen aufzeigt, hätte durch eine solche Gegenüberstellung noch gewinnen können.

Helmut Winterstein, Nürnberg

Erich Hoppmann unter Mitarbeit von *Herwig Schlögl*: Rationalisierung durch Kartelle? (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 62) Berlin 1971. Duncker & Humblot. 460 S.

Dieser Band bringt die Diskussionsergebnisse des von dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik zum Studium wettbewerbspolitischer Probleme eingesetzten Unterausschusses über Probleme der Rationalisierungssyndikate. Im Allgemeinen Teil werden in zwei Referaten von *Gabriel* der Rationalisierungsbegriff unter volkswirtschaftlichem Aspekt (im Gegensatz zum Bundeskartellamt, das bei seinen Untersuchungen an die Rationalisierung im einzelnen Unternehmen anknüpft) und von *Lenel* die spezielle Problematik der Rationalisierungskartelle behandelt; beide Beiträge dienen

als Basis für die theoretische Fragestellung der weiteren Diskussion, die eine Analyse der drei vom Bundeskartellamt erlaubten Rationalisierungssyndikate für Steinzeug, Fernmeldekabel und Thomasphosphat zum Ziel hatte.

Diese drei Fallanalysen dienten der Überprüfung, „ob etwa die zu einer wettbewerbspolitischen Beurteilung wesentlichen Sachverhalte erhoben waren, ob Nicht-Relevantes enthalten ist, ob die geeigneten Fragen gestellt wurden, ob die jeweiligen Schlußfolgerungen zwingend und die Beurteilungsmaßstäbe adäquat sind und ähnliche Fragen“ (S. 5). Ein abschließender Beitrag von Hans K. *Schneider* behandelt die Frage der „Absatzorganisation und Wettbewerbsfähigkeit der Ruhrkohle“; anhand dieses Falles versucht *Schneider*, eine Konzeption zur Beurteilung der Vor- und Nachteile der verschiedenen denkbaren Syndikatstypen zu entwickeln. Er kommt zu dem Ergebnis, daß „eine streng objektive Aussage darüber, ob dem Syndikat mit starkem Vorstand oder dem dezentralisierten Verkauf durch den Mischtyp der Vorzug gegeben werden sollte, . . . nicht möglich“ ist (S. 448). Nach Abwägung des Für und Wider präferiert er den Mischtyp, wenn die notwendige strukturelle Bereinigung des Angebotes — der entscheidende Punkt nach *Schneider* überhaupt — vorweg erfolgt.

Die Diskussionsteilnehmer sind zu keiner einheitlichen Beurteilung der möglichen Freistellung von Rationalisierungskartellen nach § 5 Abs. 2 und 3 GWB gekommen. Abgesehen von methodischen Grundsatzfragen dürften die Schwierigkeiten maßgeblich sein, die konkret vorgetragenen Rationalisierungswirkungen der drei Syndikate mit hypothetischen wettbewerblichen Marktabläufen zu vergleichen. Diese Probleme werden beispielhaft deutlich gemacht. Wenn es sich um Rationalisierungen handelt, die allein durch Syndizierung erreichbar sind und diese zur Norm erhoben werden, müssen wettbewerbliche Marktergebnisse stets negativ davon abweichen:

- Wenn man eine gleichmäßige Beschäftigung der Unternehmen postuliert, dann vermag eine zentrale Auftragssteuerung durch ein Syndikat diese eher zu leisten als der Wettbewerb.
- Wenn man einheitliche Verkaufs- und Zahlungsbedingungen zur Norm erhebt, dann scheidet ebenfalls der Wettbewerb als das bessere Koordinierungsinstrument aus.

Schlögl bemerkt zu Recht, daß „das Charakteristikum dieser Beispiele (darin liegt), daß man die dem Syndikat inhärenten Nivellierungsmöglichkeiten als Rationalisierung postuliert und dadurch von vornherein den Wettbewerb, der gerade zur Differenzierung führt und dieser Rechnung trägt, als die schlechtere Alternative qualifiziert“ (S. 450). Hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Syndizierung und technischem Fortschritt sprechen nach Ansicht der Teilnehmer an der Arbeitsgruppe Wettbewerbspolitik eine Reihe von Faktoren dafür, „daß eine Syndizierung die Einführung und Verbreitung technischer Fortschritte verzögert. Ohne Syndikat ist zwar die Einführung technischer Fortschritte mit besonderen unternehmensindividuellen Risiken behaftet, sie eröffnet aber zugleich die Chancen unternehmerischer Vorsprünge und entsprechender Gewinne; ferner würden die Konkurrenten zur Imitation gezwungen“ (S. 452). Vorstoßende und nachfolgende Wettbewerbs-

handlungen sind jedoch im Syndikat eo ipso ausgeschlossen, so daß die Syndizierung zur Konservierung überkommener Marktstrukturen führt.

Unabhängig von den zahlreichen in diesem Sammelband angesprochenen methodischen Grundsatzfragen und Einzelproblemen, auf die nicht näher eingegangen werden kann, muß der von Hoppmann herausgegebene sorgfältig dokumentierte Sammelband zur Frage der Rationalisierung durch Kartelle als richtungweisend bezeichnet werden. Es wird hiermit ein Weg beschritten, sich wissenschaftlich mit empirischen Fällen aus dem Bereich der Wettbewerbspolitik zu beschäftigen, die kompetitiven Verhältnisse der verschiedenen Industriebereiche zu untersuchen und somit die in Deutschland — im Gegensatz etwa zu den USA mit ihrer vorbildlichen Forschung auf dem Gebiet der industrial organisation — vorhandene Lücke auf dem Gebiet der mikroökonomischen Forschung zu schließen. Die zur Zeit noch vorherrschende Überbetonung einer Wirtschaftstheorie, die vielfach noch einem Modellplatonismus huldigt, könnte so zugunsten eines fruchtbaren Miteinanders von theoretischer und empirischer Forschung überwunden werden.

Ingo Schmidt, Berlin

Helmut Arndt und *Dieter Swatek* (Hrsg.): Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 738 S.

Der Band zur Tagung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1970 zum Thema der Infrastrukturplanung (Theorie der Infrastruktur, Regionalprobleme, Nutzen-Kosten-Analyse, Entscheidungstheorie, Bildungspolitik) bringt einen wertvollen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Infrastrukturforschung.

Ausgangspunkt bildet die einleuchtende These von *Knut Borchardt*, daß die behauptete Unterversorgung mit Infrastruktur nicht auf ein Versagen des Marktes, sondern auf ein Nichtfunktionieren der politischen Steuerungsmechanismen zurückzuführen ist; denn Infrastruktur wird großteils durch staatliche und nicht durch private Initiative bereitgestellt.

Zwei Forschungsrichtungen lassen sich unterscheiden, mit denen das Problem der politischen Steuerung zu lösen versucht wird, die Theorie der öffentlichen Güter und die der Nutzen-Kosten-Analyse.

Die Theorie der reinen öffentlichen Güter erforscht, wie öffentliche Dienstleistungen im Fall von Nicht-Rivalität des Konsums paretoeffizient bereitgestellt werden müßten. Das Referat von *Richard A. Musgrave*, das sich mit diesem Thema befaßt, bringt wenig neue Ideen. Es kann jedoch durch seine klare Formulierung dem Studenten, der sich einen kurzen Überblick über die Theorie der öffentlichen Güter verschaffen will, nützliche Hinweise geben. — Die mangelnde Praktikabilität von *Musgraves* Theorie könnte wesentlich verbessert werden, wenn die Erkenntnisse der ökonomischen Theorie der Politik darin mehr berücksichtigt wären.

Realitätsnäher scheint demgegenüber die zweite Hauptrichtung der Infrastrukturforschung, nämlich die Theorie der Nutzen-Kosten-Analyse zu sein. Das Referat von *Horst Claus Recktenwald* hat darüber einen optimistischen, vielleicht zu optimistischen Überblick gegeben. Problematisch bleibt u. a.

immer noch die Bewertung der „intangibles“. Diese können u. U. so wichtig werden, daß daneben die meßbaren Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse irrelevant werden. Ferner ist die Nutzen-Kosten-Analyse um so weniger geeignet, je größer das Projekt ist, weil dann die Gefahr von induzierten Preisveränderungen besteht, wodurch die soziale ex-post-Rentabilität in Frage gestellt ist.

Eine Sonderrichtung der Infrastrukturtheorie ist die Regionalplanung. In einem ausgezeichneten Referat hat Edwin von Böventer Kriterien für eine optimale Agglomerationsgröße entwickelt. Nach seinen Ergebnissen soll die Regionalpolitik viel weniger nach dem „Gießkannenprinzip“ als durch Schwerpunktbildung und bewußte „Vernachlässigung“ nicht zu fördernder Gemeinden betrieben werden.

Schließlich seien noch die bildungspolitischen Referate von Hajo Riese, Hans Peter Widmaier und Carl Christian von Weizsäcker erwähnt. Riese behandelt die Frage, wie Angebotsüberschüsse bestimmter Qualifikationsstufen durch die Lohnflexibilität aufgefangen werden können. Widmaier versucht zu zeigen, wie sich die Akademikerbestände durch soziale, politische und ökonomische Determinanten erklären lassen. Für die Prognose scheint sich jedoch sein Ansatz schlecht zu eignen, u. a. weil sich seine politischen und ökonomischen Determinanten ebenso schwer prognostizieren lassen wie die in früheren Studien direkt extrapolierten Akademikerbedarfszahlen.

Carl Christian v. Weizsäcker greift einen hochschulpolitischen Gedanken Milton Friedmans auf: Um eine bessere Steuerung der Nachfrage nach Bildungsplätzen zu erreichen (bzw. um eine Überproduktion an Bildung zu vermeiden), schlägt er eine marktwirtschaftliche Lenkung des Hochschulsystems mittels individueller Bildungskredite vor. Ein marktwirtschaftlich organisiertes Bildungswesen hat sich auf Teilsektoren (Top-Management-Schulung) schon gut bewährt, und es ist nicht einzusehen, warum v. Weizsäckers Vorschlag — trotz der in der Diskussion angebrachten Kritik — nicht weitere Verbreitung finden sollte.

Im ganzen gesehen ist das Buch sorgfältig redigiert und kann sowohl Wissenschaftlern wie Studenten zur Lektüre empfohlen werden.

Beat Blankart, Konstanz

Klaus Henkner: Quantifizierung von Wettbewerbs- und Struktureffekten in der Exportentwicklung ausgewählter Industrienationen 1954 bis 1967. Statistische Probleme, Berechnungsmethoden und Ergebnisse unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 183 S.

In dieser vom Bundesminister für Wirtschaft in Auftrag gegebenen Untersuchung wurde die Entwicklung des Industriewarenexports von dreizehn Industrieländern der westlichen Welt in den Jahren 1954 bis 1967 mit dem Ziel einer Quantifizierung von Wettbewerbs- und Struktureffekten analysiert. Bei der Herleitung der hier anzuwendenden Methoden konnte zwar auf Ansätze zurückgegriffen werden, die in der angelsächsischen Literatur verschiedentlich aufgegriffen wurden. Dennoch stellte die Anwendung dieser

Methoden auf dieses Untersuchungsobjekt den Verfasser vor neue umfangreiche Probleme. Beurteilt man das Ziel der Arbeit, die verwendeten Methoden und die Art, wie die Probleme bewältigt wurden, kann man durchaus sagen, daß die Schrift ihrer Geschlossenheit und ihrer Gründlichkeit wegen neue Maßstäbe für künftige Untersuchungen ähnlicher Ausrichtung setzt.

Der Verfasser ging mit großer wissenschaftlicher Sorgfalt ans Werk. Dies ergibt sich beispielsweise aus der Art, wie er im mit „Abgrenzung des Untersuchungsobjektes“ überschriebenen 2. Kapitel aus dem nicht immer befriedigenden außenhandelsstatistischen Zahlenmaterial eine für seine Modellrechnungen wenigstens einigermaßen taugliche Datenbasis herausarbeitet. Wo Schätzungen zur Schließung von Lücken notwendig sind, werden die dafür erforderlichen Annahmen offengelegt und begründet.

Im 3. Kapitel wird die Methodik der Strukturbereinigungsverfahren behandelt. Das wesentliche Ziel dieser Verfahren sieht der Verfasser in der Beantwortung folgender Fragen (vgl. S. 33 f.):

Welchen Wert hätte der Außenhandelsabsatz eines Landes im Berichtsjahr angenommen, wenn gegenüber dem Basisjahr weder Umschichtungen in der Warenstruktur noch Umschichtungen in der Verteilung des Welthandels auf die einzelnen Exportländer stattgefunden hätten? Wie sind die „totalen Struktureffekte“, d. h. die Abweichungen zwischen den tatsächlich beobachteten Ergebnissen und diesem fiktiven Wert, zu interpretieren? Welche Anteile an den so ermittelten totalen Struktureffekten sind auf Wandlungen in der räumlichen Verteilung des Welthandels und welche auf Wandlungen in der Warenstruktur des Außenhandels zurückzuführen?

Eine im Modell noch verbleibende Restgröße, die der Verfasser als „Wettbewerbskomponente“ charakterisiert, zeigt schließlich, „ob es einem Exportland gelungen ist, auf den verschiedenen Produktmärkten seinen Exportanteil zu Lasten anderer Anbieter zu erhöhen, oder ob es Absatzeinbußen hinnehmen mußte“. Die Methoden dieser Komponentenzerlegung werden im einzelnen abgeleitet und sind relativ leicht durchschaubar. Trotzdem war die Untersuchung wegen der tiefen Untergliederung des zugrunde liegenden statistischen Datenmaterials mit ganz erheblichem Rechenaufwand verbunden.

Unterzieht man die im 4. Kapitel dargestellten Untersuchungsergebnisse einer kritischen Würdigung, so wird man mit dem Urteil des Verfassers einig gehen, daß mit den von ihm verwandten Methoden eine verbesserte Grundlage für Aussagen zur Diagnose und Prognose von Exportbewegungen geschaffen wurde. Ihm ist aber auch beizupflichten, wenn er einschränkend betonen muß, daß das von ihm entwickelte Instrumentarium für die aktuelle Konjunkturanalyse noch so lange von eingeschränktem Wert sei, wie die statistischen Ausgangsdaten erst mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen zur Verfügung stünden.

Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Träger amtlicher statistischer Aktivitäten ihre Arbeit in Zukunft verstärkt auf die Bedürfnisse der für eine aktuelle Analyse notwendigen modernen Auswertungsmethoden ausrichten würden.

Josef Bleymüller, Münster

Wolf-Rüdiger Pohlmann: Der flexible Wechselkurs als Instrument außenwirtschaftlicher Absicherung einer autonomen Wirtschaftspolitik. Dargestellt am Beispiel Kanada. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 150 S.

Flexible Wechselkurse werden vielfach mit dem Hinweis befürwortet, daß sie eine Volkswirtschaft gegenüber ausländischen Preis- und Einkommenschwankungen abschirmen könnten. Der Verfasser zeigt an Hand des kanadischen Beispiels, daß diese Hypothese einer empirischen Überprüfung nicht standhält. Der flexible Wechselkurs vermochte zwischen 1950 und 1962 weder die Übertragung US-amerikanischer Konjunkturschwankungen auf die kanadische Wirtschaft noch den Inflationsimport zu verhindern. Dieser Widerspruch zu den theoretischen Erwartungen erklärt sich daraus, daß der flexible Wechselkurs keineswegs, wie es in den theoretischen Modellen unterstellt wurde, einen Ausgleich der Leistungsbilanz herbeiführte, sondern daß kurzfristige Kapitalbewegungen die nach wie vor auftretenden Leistungsbilanzsalden kompensierten. Der Verfasser schreibt dieses Phänomen einer in hohem Maße stabilisierenden Spekulation zu. Daneben dürfte auch die Zinsarbitrage einen Beitrag zur Stabilisierung der Wechselkurse geleistet haben, da bei unterschiedlichem Inflationsgrad oder unterschiedlicher Konjunktursituation zwischen In- und Ausland Zinsdifferenzen entstehen.

Ein weiteres Argument zugunsten flexibler Wechselkurse, nämlich das einer größeren Wirksamkeit der Geldpolitik, wird dagegen von den empirischen Daten bestätigt — allerdings in einer für Kanada fatalen Weise, denn die ab 1958 betriebene Hochzinspolitik war über ihre Rückwirkungen auf Kapitalimport, Wechselkurse und Leistungsbilanz weitgehend für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich.

Insgesamt hat die Arbeit von Pohlmann eine Reihe interessanter Ergebnisse erbracht, die auch für die aktuelle Währungsdiskussion bedeutsam sind.

Anton Konrad, München

Rainer Hellmann: Weltunternehmen nur amerikanisch? Baden-Baden 1970. Nomos Verlagsgesellschaft. 301 S.

In der politischen wie wissenschaftlichen Diskussion um die wirtschaftliche Bedeutung von Direktinvestitionen rückt immer mehr eine ihrer Erscheinungsformen in den Mittelpunkt des Interesses, die internationale, transnationale, supranationale oder multinationale Gesellschaft. Auch die Titelwahl dieser Arbeit läßt in dem Begriffswirrwarr erkennen, daß die offenbar nur schwierige begriffliche Abgrenzung eine der wesentlichen Ursachen für manche Aussagen-Widersprüche in der rasch wachsenden Literatur zu diesem Problem ist. In Anlehnung an seine frühere Untersuchung „Amerika auf dem Europamarkt“ geht es dem Verfasser auch im vorliegenden Buch vor allem um das Ungleichgewicht der Investitionen zwischen Amerika und Europa. Rund ein Drittel der Untersuchung enthält eine wertmäßige, geographische und branchenmäßige Aufschlüsselung der beiderseitigen Investitionen, die anhand von 25 Tabellen illustriert werden. Die Bedeutung der jeweils umsatzstärksten Unternehmen, die allesamt multinational operieren, wird hierbei im einzelnen dargestellt. Im weiteren wird der Frage, inwieweit das privatwirtschaftliche

amerikanische Engagement zu amerikanischen Hoheitsansprüchen in Europa führt, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auch den Gründen, warum amerikanische Neuinvestitionen in Europa erwünscht sind, während der Firmenaufkauf gefürchtet zu sein scheint, geht der Autor im einzelnen nach. Auf der Gegenseite werden die amerikanischen Einladungen an Europa, auf dem umsatzstärksten einheitlichen Markt der Welt zu investieren, und die entgegenstehenden Hindernisse analysiert.

Im Anhang ist eine Reihe weiterer den Textteil erläuternde statistischer Tabellen enthalten, ferner eine stichwortartige Aufstellung von Investitionsanreizen und -hemmnissen und schließlich ein Schriftenverzeichnis, das über die einschlägige — vorwiegend angelsächsische und französische — Literatur eine nahezu erschöpfende Übersicht bietet.

Hellmann verzichtet auf eine eigene Definition der „Weltfirma“. Statt dessen fußt er fast immer auf den Angaben der offiziellen Statistiken über Direktinvestitionen. In den europäischen Statistiken werden hierzu in der Regel nur Investitionen gerechnet, die eine 20- bis 25prozentige Kontrolle des Gesellschaftskapitals erlauben. Hingegen werden in den US-Statistiken bereits Beteiligungen von mindestens 10 % des stimmberechtigten Gesellschaftskapitals als Direktinvestition gezählt. Gegenüber dem Aussagegehalt der Investitionsstatistiken empfiehlt Hellmann daher Zurückhaltung, da sie oft eher Tendenzen und Relationen als das wahre Investitionsvolumen widerspiegeln. Die amerikanischen Unterlagen haben dabei immerhin noch den Vorteil der Vergleichbarkeit, während in Europa bisher nicht einmal die EWG-Länder über eine einheitliche Statistik der Auslandsanlagen verfügen. Zweierlei wird aus den vorliegenden statistischen Daten jedoch deutlich: Einmal wie sehr die USA im Gegensatz zu fast allen europäischen Ländern den Direktinvestitionen den Vorrang vor dem Export eingeräumt haben, zum anderen spiegelt sich in diesen Zahlen das Gewicht, das die führenden Weltunternehmen Europa als Standort ihrer Produktionsbetriebe beimessen. Beantwortet werden konnte freilich auch von Hellmann nicht die Frage nach der Ursache des im Ländervergleich verblüffend geringen deutschen Kapitalengagements, das mit Kriegerserscheinungen, Beschlagnahme etc. nicht mehr zu erklären ist.

Die bis in eine Vielzahl von Details sorgfältige Untersuchung von Hellmann ermöglicht erstmals aus europäischer Sicht eine komparative Würdigung des von amerikanischer wie von europäischer Seite mit Emotionen beladenen Problems der wechselseitigen Investitionstätigkeit. Der Versachlichung der Diskussion mag es allenthalben dienen, daß diese kenntnisreiche Arbeit inzwischen in den wichtigsten Weltsprachen verlegt wurde.

Klaus-Heinrich Standke, Paris

Heidi Schelbert-Syfrig: Das „Buy American“ Prinzip und die amerikanische Zahlungsbilanz. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1968. Eugen Rentsch Verlag. 66 S.

Seitdem die Dollarlücke gegen Ende der fünfziger Jahre in eine Dollarschwemme umgeschlagen ist und die Vereinigten Staaten sich von da an zunehmender Zahlungsbilanzschwierigkeiten ausgesetzt sehen, haben sie da-

gegen mit verschiedenartigen zahlungsbilanzpolitischen Mitteln angekämpft. Freilich haben sich die Verantwortlichen für die US-Wirtschaftspolitik einerseits hartnäckig gegen eine erfolgversprechende Wechselkurspolitik gestraubt und sich andererseits aus binnenwirtschaftlichen Gründen nicht bereit gefunden, ernsthaft eine an den Transferverpflichtungen orientierte Geld- und Kreditpolitik zu verfolgen. Statt dessen hat man versucht und versucht noch immer, die Zahlungsbilanzlage mit gezielten Einzelmaßnahmen zu meistern, die an speziellen Posten der Zahlungsbilanz ansetzen, in denen man die Hauptursache für den Dollarabstrom erblickt. Bei den amerikanischen Auslandszahlungen stehen nun die Militärausgaben und die Auslandshilfen obenan, so daß es nahelag, vor allem bei diesen Außenwirtschaftssektoren einzugreifen. Ein wirtschaftspolitisches Vorgehen in diesen Bereichen wird, was zusätzlich eine Rolle gespielt haben dürfte, noch dadurch geradezu hervorgehoben, daß die Regierung diese Zahlungsströme ohne direkte Eingriffe bei privaten Wirtschaftseinheiten lenken kann, weil sie aus öffentlichen Kassen gespeist werden. So haben denn die USA diese staatlichen Auslandszahlungen an das „Buy American“ Prinzip gebunden, das den Realtransfer für diese monetären Leistungen sozusagen automatisch sichern soll. Über alle wissenswerten Tatsachen dieser zahlungsbilanzpolitischen Praxis und deren Auswirkungen auf den Devisenmarkt wird der Leser überaus klar in der Schrift von Schelbert-Syfrig informiert. Die Autorin zeigt, daß die Lieferbedingungen bei der Beschaffungspolitik des Verteidigungsministeriums und der Auslandshilfe-Behörde zu erheblichen Kostensteigerungen geführt haben, die sie aufgrund der Auswertung des zugänglichen empirischen Materials für den militärischen Sektor auf durchschnittlich 27 Prozent und für die Auslandshilfe auf 22 bis 50 Prozent beziffert. Diese zusätzlichen Kosten, die bei der Auslandshilfe über entsprechende Terms-of-Trade-Verschiebungen auf die Empfängerländer abgewälzt werden, sind — wie Schelbert-Syfrig zu Recht feststellt — der Preis für die erhofften Deviseneinsparungen, die im Grunde mit einer verschleierten Wechselkurspaltung und einer verdeckten partiellen Abwertung des Dollars erkaufte werden. Der Erfolg dieser Zahlungsbilanzpolitik nimmt sich nach den überzeugenden Darlegungen der Verfasserin jedoch recht bescheiden aus, denn die Netto-Deviseneinsparungen betragen etwa nur 30 bis 40 Prozent der umdirigierten Zahlungsströme, weil über Rückwirkungen im In- und Ausland die US-Exporte sinken, die US-Importe steigen, die amerikanischen Kapitalausfuhren angeregt und die Kapitaleinfuhren der USA gedämpft werden. Deshalb wäre es zu wünschen, daß diese zahlungsbilanzpolitischen Erfahrungen möglichst weit bekannt würden, um den ständig virulenten Hang zu vordergründigen Interventionen bei den Devisenströmen zu begegnen.

Helmut Gröner, Bonn

Hermann O. Grimm: Die Grundlagen der japanischen Einfuhr ausländischer Technologie. Köln und Opladen 1970. Westdeutscher Verlag, 229 S.

Von der Fülle der populärwissenschaftlichen und meist beklagenswert oberflächlichen Japanliteratur hebt sich die vorliegende, vom Aachener Institut für internationale technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit herausgegebene Arbeit von Grimm auffallend ab.

Ihr Ausgangspunkt ist die in der Reihe der Industrienationen in vielem einzigartige erfolgreiche Entwicklung der japanischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit. Binnen eines knappen Jahrzehnts hat Japan eine völlig neue industrielle Leistungsebene erklommen. Hatte es sich vor dem Kriege noch damit begnügt, billige Konsumgüter zu produzieren, so vermochte es nun in erstaunlich kurzer Zeit die ganze Skala moderner, auf wissenschaftlicher Basis entwickelter Produktionszweige zu entfalten, die das Bild der heutigen Industrieländer prägen (S. 13). Als wichtigste Ursache des schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des beispiellos hohen Wachstums der japanischen Wirtschaft wird der planmäßige umfangreiche Import ausländischer Technologie angesehen. Es ist jedoch nicht nur das ungewöhnlich große Ausmaß, das die japanische Einfuhr ausländischer Technologie so bemerkenswert macht, sondern es ist auch die Art ihrer Durchführung, die über das Formale weit hinausgeht und den Import technischen know-hows auch materiell, d. h. nach Art des Einsatzes und seiner praktischen Verwendung maßgeblich lenkt. Die Untersuchung von Grimm bemüht sich um eine ausführliche Darstellung und Interpretation dieser den Technologieimport bewußt stimulierenden japanischen gesetzgeberischen Maßnahmen sowie ihrer verfahrensmäßigen Durchführung.

Im ersten Kapitel erfolgt eine Darstellung der wirtschaftlichen und rechtlichen Situation Japans im Zeichen der amerikanischen Besatzungspolitik der ersten vier Nachkriegsjahre. Man erfährt, daß der Ursprung dieser heute noch die japanische Technologieimportpolitik mitbeeinflussenden Faktoren in den grundlegenden Regelungen der Besatzungszeit liegt. „Die zukunftsrealisierenden Kriterien für die administrative Behandlung von Anträgen auf Investition ausländischen Kapitals und die Einfuhr ausländischer Technologie wurden bereits zu dieser Zeit formuliert, und zwar in Zusammenarbeit von Besatzungsbehörde, Regierung und Organisationen der Wirtschaft“ (S. 23).

Das zweite Kapitel befaßt sich mit der Neugestaltung des japanischen Außenwirtschaftsrechts unter dem besonderen Aspekt der rechtlichen Regelung der Einfuhr ausländischen Kapitals und ausländischer Technologie. Der Verfasser hebt hervor, daß es entscheidend für den inzwischen sichtbaren Erfolg der japanischen Politik gewesen ist, „daß die Regierung des Landes die Vorteile des noch unter amerikanischem Einfluß entstandenen Instrumentariums erkannte und es folgerichtig, abgestimmt auf die spezifischen sachlichen Erfordernisse, in die neu entstehende außenwirtschaftliche Gesetzgebung übernommen und den sich allmählich wandelnden Voraussetzungen angepaßt hat“.

Das dritte Kapitel bringt die Darstellung und Erörterung der Einzelbestimmungen des wichtigen Sondergesetzes „betreffend Einfuhr und Investition ausländischen Kapitals“ vom 10. 5. 1950, dessen Bestimmungen im grundsätzlichen die Einfuhr ausländischer Technologie selbst heute noch regeln. Im vierten und letzten Kapitel wird eine kurze zusammenfassende Darstellung der administrativen und verfahrensmäßigen Regelung der Einfuhr ausländischer Technologie gegeben. Die Arbeit enthält ein vierseitiges Literaturverzeichnis, ferner wichtige Begriffsbestimmungen des japanischen Außenwirtschaftsrechts sowie sehr ausführliche Anmerkungen zur Erläuterung des Textteils.

Bei so vielen nützlichen Details ist es zu beklagen, daß der Verfasser es versäumt hat, durch Aufzeigen eines quantitativen Rahmens die Untersuchung anschaulicher werden zu lassen. Die bewußte Beschränkung auf Darstellung und Kommentar der rechtlichen Regelung und administrativen Kontrolle des japanischen Technologie-Imports läßt notwendigerweise weite Teile der Arbeit schwer lesbar werden. Um so höher ist das Verdienst des Autors, durch seine akribische Arbeit aufgezeigt zu haben, durch welche Lenkungsmechanismen es der japanische Gesetzgeber noch in schwieriger Nachkriegssituation verstanden hat, fast seherisch das schier Unmögliche möglich werden zu lassen: schnellen Zutritt zur modernsten ausländischen Technologie zu erhalten bei weitgehender Wahrung wirtschaftlicher Eigenständigkeit. Die hierbei angewandte Mischform von marktwirtschaftlichen Grundelementen und staatlichen Steuerungsmechanismen, wie man sie sonst nur in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs kennt, ist außerhalb des Ostblocks ohne Parallele. Diejenigen, denen es im Lande selbst oder in den Europäischen Gemeinschaften um eine planvolle industrielle Struktur- und technologische Entwicklungspolitik geht, wie auch die, die sich im Rahmen der Entwicklungshilfe um einen wirksamen „transfer of technology“ mühen, werden viel Gewinn aus dem Buch von Grimm ziehen.

Klaus-Heinrich Standke, Paris

Walter Auerbach: Beiträge zur Sozialpolitik. Neuwied 1971. Hermann Luchterhand. 302 S.

Walter Auerbach, langjähriger Staatssekretär in Hannover und später in Bonn, legt zu dem Themenkreis Soziale Sicherung (einschließlich Sozialhilfe und Gemeinschaftsaufgaben) eine Sammlung von in der Fachpresse erschienenen Beiträgen aus den letzten 25 Jahren vor. Der Verfasser kann für sich in Anspruch nehmen, die Politik der Sozialen Sicherung in der Bundesrepublik maßgeblich beeinflusst zu haben. Die einzelnen Beiträge belegen, wie vieles von dem, was in den ersten Jahren der BRD als sozialistisch und Vorstufe zum freiheitsgefährdenden Kollektivismus galt, heute unbestritten zu den selbstverständlichen und gern gepriesenen Errungenschaften des freiheitlichen Sozialstaates zählt. Insofern skizzieren die Beiträge auch die Etappen bundesrepublikanischer Sozialgesetzgebung. Für die Leser, die diese Zeit nicht aus eigenem Erleben kennen, hätte sich allerdings mitunter eine editorische Notiz zur Erläuterung der angesprochenen aktuellen Situation empfohlen.

Die Beiträge sollen kein Lehrbuch ersetzen, liefern aber Bausteine für eine Theorie; das gilt besonders für die Ausführungen über Lohnwertrente, lautlose Sozialleistungen, volkswirtschaftliche Kosten, soziale Infrastruktur, das Verhältnis von Sozialpolitik, Sozialarbeit und Fürsorge sowie Steuern und Sozialbeiträgen — Gesichtspunkte, die einer systematischen Verarbeitung bedürfen. Den besonderen Wert der Beiträge macht aus, daß in ihnen wissenschaftliches Denken, das soziale Engagement des Politikers und die Erfahrung des hohen Ministerialbeamten zusammenfließen.

Rochus Castner, Nürnberg